Antwort auf eine Kleine Anfrage
— Drucksache 10/5247 —

Betr.: Aussagen des Ministerpräsidenten zum Personalabbau im öffentlichen Dienst

Wortlaut der Kleinen Anfrage des Abg. Theilen (SPD) vom 6. 12. 1985

In der Aussprache zur Regierungserklärung vom Februar 1976 hat der Ministerpräsident angekündigt, daß er in den „Ministerien, den oberen Behörden und den Regierungsbezirken" 10 % des Personals abbauen wolle. Auf einen Zuruf aus dem Plenum: „Wir werden es nachrechnen", sagte der Ministerpräsident: „Sie können es nachrechnen; vielleicht werden es sogar mehr als 10 %. Sie müssen uns nur lange genug an der Regierung lassen, dann werden wir auch das noch schaffen."

Das „Nachrechnen" im Jahre 1985 hat ergeben, daß im direkten Verantwortungsbereich des Ministerpräsidenten, in der Staatskanzlei, nicht 10 % des Personals abgebaut wurden, sondern die Zahl der Bediensteten um rd. 15 % gestiegen ist.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie hat sich Zahl der Bediensteten in den einzelnen Ministerien von 1975 bis 1985 entwickelt?
2. Ist das Ziel eines zehnprozentigen Stellenabbaus erreicht worden?
3. Wenn nein, wie lange muß diese Regierung noch regieren, um dieses Ziel zu erreichen?

Antwort der Landesregierung

Der Niedersächsische Minister der Finanzen — 11 — 00 23.29 — Hannover, den 20. 3. 1986

Die Antwort des Herrn Ministerpräsidenten vor dem Landtag in der Aussprache zur Regierungserklärung am 28. Februar 1976 bezog sich auf den Stellenbestand der Ministerien, Ober- und Mittelbehörden nach dem Haushalt 1975 und naturgemäß den zu diesem Zeitpunkt gegebenen Aufgabenumfang. Das Einsparungsziel ist per Saldo erreicht worden, wie sich aus der Beantwortung der Frage 2 ergibt, dies bei gewandelter Aufgabenstruktur.

Die Einsparungen haben sich streng an der Entwicklung der zu erfüllenden Leistungsverpflichtungen der Landesverwaltung orientiert.

Seit 1976 sind auf der anderen Seite auf die genannten Verwaltungsbereiche eine Vielzahl neuer Aufgaben mit entsprechendem Personalbedarf hinzugekommen. Zu den neuen Aufgaben gehören insbesondere die intensivere Pflege des Natur- und Umweltschutzes, Maßnahmen auf den Gebieten der Kernenergie (in diesem Zusammenhang

auch atomrechtliche Genehmigungs- und Aufsichtsverfahren, Maßnahmen der Entsorgung) und der Gewerbeaufsicht, die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, Fragen der Frauen- und Familienpolitik sowie der Intensivierung der Forschung und der Entwicklung neuer Technologien.

Die Landesregierung hat davon Abstand genommen, für die in den genannten Aufgabenbereichen erforderlichen Stellenzugänge generell kompensierende Stellenstreichungen vorzunehmen. Sie ist damit wie auch durch die Förderung der Teilzeitbeschäftigung und die Schaffung zusätzlicher Anwärterstellen ihrer arbeitsmarktpolitischen Verantwortung gerecht geworden.

Dieses vorausgeschickt, beantworte ich die Fragen wie folgt:

Zu 1:

Zwischen 1975 und 1985 wurden auf der Ministerialinstanz folgende Stellen in Abgang gestellt:

Ministerialkapitel		Stellenabgänge
02 01	— StK —	10
03 01	— MI —	38
04 01/03	— MF —	21
05 01	— MS —	14
06 01	— MWK —	3
07 01	— MK —	19
08 01	— MW —	13
09 01	— ML —	18
11 01	— MJ —	12
12 01	— MB —	11
		159

Zu dem Gesamt-Einsparungsziel von 10 % haben die Ministerien damit mit einem Satz von rd. 6,9 % beigetragen.

Neu wurden insgesamt 293 Stellen geschaffen; hinzu kommen 58 Stellen als Saldo von Stellenverlagerungen. Wegen der in der Zwischenzeit erfolgten Aufgabenverlagerung zwischen den einzelnen Ministerien ist eine ressortweise Zuordnung der Zugänge nicht aussagefähig.

Besonderes Gewicht hatten bei der Schaffung neuer Stellen die Bereiche Gewerbeaufsicht, atomrechtliche Genehmigungen, Umweltschutz etc. (+ 100) sowie Intensivierung der Industrieansiedlung Dollarthafen, etc (+ 26).

Zu 2:

Ja.

Die Gesamtstellenzahl im Bereich der Ministerien, Ober- und Mittelbehörden betrug im Jahre 1975 12908 Stellen. Im Rahmen der Einsparungsaktionen wurden von 1975 bis 1985 im Bereich der Ministerien, Ober- und Mittelbehörden insgesamt 1557 Stellen = rund 12,1 % eingespart. Weitere 67 Stellen sind in den Bereich der Ortsinstanzen — mit kw-Vermerk versehen — verlagert worden.

Zu 3:

Entfällt.

Dr. Ritz

(Ausgegeben am 3. 4. 1986)